

## RECHENSCHAFTSBERICHT

VADUZ – Vor allem das Ressort «Bildung» stand gestern im Mittelpunkt einiger Fragen bezüglich des Rechenschaftsberichts der Regierung. Nachdem die Bereiche «Äusseres» sowie «Inneres» von den Landtagsabgeordneten mit keiner einzigen Frage bedacht worden waren, musste Rita Kieber-Beck, die zuständige Regierungsrätin für «Bildung», in einigen Punkten für Klarheit sorgen. Regierungschef Otmar Hasler stellte sich danach den Fragen jener Abgeordneten, die Fragen zum Ressort «Familie und Gleichberechtigung» hatten.

## Religionsunterricht, oder ...?

Der VU-Abgeordnete Erich Sprenger warf eine interessante Frage bezüglich des Religionsunterrichts in den Grundschule, auf. Laut Rechenschaftsbericht wurden im vergangenen Jahr die Gespräche zwischen Regierung und Erzdiözese betreffend der zukünftigen Gestaltung des Religionsunterrichts weitergeführt. Die Gemeinden vertreten in der Vernehmlassung die Ansicht, dass eine eigenständige Vereinbarung zwischen Erzdiözese und Gemeinden an der Primarschulen erarbeitet werden soll. Im Rechenschaftsbericht für 2002 peilte die Regierung den Januar 2003 als jenen Zeitpunkt an, an dem die Frage nach der künftigen Ausgestaltung des Religionsunterrichts an den Grundschulen beantwortet werden soll. Erich Sprenger wollte nun von Rita Kieber-Beck wissen, ob es im Januar eine Entscheidung gegeben hatte und wenn ja, wie diese aussehe. Rita Kieber-Beck bestätigte, dass es eine Lösung gibt, die wie folgt aussieht: Ab dem Schuljahr 2003/2004 wird man zwischen einem konfessionellen Religionsunterricht und dem Fach «Religion und Kultur» wählen können. Wobei natürlich der Begriff «konfessioneller Religionsunterricht» selbstredend zwei verschiedene Unterrichtsfächer beinhaltet: wahlweise entweder katholischen oder evangelischen Religionsunterricht.

## Der schiefe Bildungsturm von Pisa

Seit Monaten geistert der italienische Ort Pisa mit einer gänzlich neuen Bedeutung durch die Medien. Pisa steht seit geraumer Zeit entweder für Bildung oder für das Fehlen derselben. Rita Kieber Beck erläuterte gestern auf Anfrage, was die Regierung angesichts des schwachen liechtensteinischen Pisa-Ergebnisses in Zukunft zu tun gedenkt. «Die Regierung», so Kieber-Beck, «erachtet es als sinnvoll, in fünf verschiedenen Handlungsfeldern gezielt tätig zu werden.» Erstens soll die deutsche Unterrichtssprache bei Schülern und auch bei Lehrern gefördert werden. Zweitens sollen die bereits bestehenden Anstrengungen zur Unterrichtsentwicklung auch vermehrt die Leseförderung mit einbeziehen. Drittens sollen die Schulen in Zukunft vermehrt mit externen Partnern (Wirtschaft, Eltern, Ausländervereine) kooperieren. Viertens soll in Liechtenstein ein systematisches «Bildungsmonitoring» aufgebaut werden. Schlussendlich sollen fünftens Unterstützungsstrukturen wie zum Beispiel Lernbegleitung, Hausaufgabenhilfen und Tagesschulstrukturen ausgebaut werden.

## Problemfall Zigarettenautomat

Der Jugendschutz stand im Mittelpunkt der Fragen, die das Ressort «Familie und Gleichberechtigung» betreffen. Auf die Frage, wie das heikle Problem der Zigarettenautomaten in Lokalen, wo sich Minderjährige Rauchware besorgen können, gelöst werden soll, hatte Regierungschef Otmar Hasler eine differenzierte Antwort parat. Klar sei, dass man das nicht verbieten könne, stellte der Regierungschef fest. Derzeit so Hasler, versuche man das Problem zu lösen, indem man das Gespräch mit dem Gastgewerbe suche. «Oft ist bei den Wirten Einsicht vorhanden», so Hasler. Zudem bestätigte Hasler, dass Erwachsene, die Alkohol an Jugendliche ausschenken, bestraft werden. «Jugendliche werden zwar angezeigt, aber in der Regel nicht verurteilt. Es wird vielmehr das Gespräch mit den Jugendlichen und deren Eltern gesucht», so der Regierungschef. (woz)

## Ein Geheimnis bleibt

Viele Detailfragen des Landtages zum Rechenschaftsbericht der Regierung

VADUZ – Das Parlament stimmte dem Rechenschaftsbericht der Regierung gestern im Landtag einhellig zu. In den Bereichen Soziales, Umwelt, Wirtschaft, Verkehr, Gesundheit standen jedoch einige Fragen im Raum.

• Kornelia Pfeiffer

Wie dringlich die Gesundheitsreform ist, blieb unbestritten. «Eine Gesundheitspolitik ohne Prävention kann keine gute Gesundheitspolitik sein», stimmte Gesundheitsminister Hansjörg Frick mit dem FL-Landtagsabgeordneten Paul Vogt überein. Die Gesundheitsvorsorge werde daher im Zuge der Gesundheitsreform ausgebaut. Einsparungen bei den Gesundheitskosten über die Spitalkosten in den Nachbarländern Schweiz und Vorarlberg sehe er jedoch nicht. Potenzial Geld zu sparen liege freilich in der Einfuhr von EWR-Arzneimitteln. Medikamente aus Frankreich seien klar billiger. Dem stünde einzig das Problem nicht-deutschsprachiger Beipackzettel im Weg.

## Nicht mehr Arbeitslose

Entwarnung gab Hansjörg Frick zur aktuellen Arbeitsmarktsituation in Liechtenstein. Die Arbeitslosigkeit habe sich im Mai beruhigt, informierte Hansjörg Frick. Zwar habe sich die Zahl in den letzten drei Jahren auf 532 im Mai 2003 verdoppelt, liege mit 1,8 Prozent aber im europäischen Vergleich tief. Der Arbeitslosenkasse drohten damit keine Probleme, informierte der Sozialminister auf die Frage des stellvertretenden FDP-Abgeordneten Christian Brunhart. Auch was die betriebliche Personalvorsorge angehe, habe es in Liechtenstein bislang nur vier Einzelfälle gegeben, die als Folge von Verlusten an der Börse eine Unterdeckung aufwiesen. Die Fälle seien unter Kontrolle.



Die Abschusszahlen für Wild müssten erhöht werden, kündigte Umweltminister Alois Ospelt an, um den Wald vor Wildverbiss zu schützen und gesund zu erhalten.

Massnahmen und Abstriche kündigte Regierungsrat Frick für die stagnierende Wirtschaft an. Sei noch im Jahr 2002 der Wirtschaftsförderungsfonds des Landes nicht ausgeschöpft worden, sei der Topf für das Jahr 2003 schon ziemlich leer. Doch habe die Fachhochschule Liechtenstein den Auftrag, ein Wirtschaftsleitbild zu erarbeiten, erklärte Wirtschaftsminister Frick. Zum neuen Konsumentenschutzgesetz plane das Ressort Wirtschaft für den Herbst die versprochene Informationsbroschüre. Das neue Energiekonzept liege auf dem Tisch, bedürfe aber aufgrund der angespannten finanziellen Lage einiger Diskussion.

## Zu viel Wild, zu wenig Wald

Der alte Konflikt zwischen Jägern und Waldhütern brachte Emo-

tionen in die Landtagsdebatte. Die grenzenlose Gier des Menschen sei verantwortlich, dass der Lebensraum für Wildtiere in Liechtensteins Wäldern bedrohlich schrumpfe, so der VU-Landtagsabgeordnete Walter Hartmann. Die Abschusszahlen für Wild müssten erhöht werden, kündigte Umweltminister Alois Ospelt an, um den Wald vor Wildverbiss zu schützen und gesund zu erhalten. Zugleich aber seien Ruhezeiten für das Wild notwendig. Fachleute arbeiteten an der Planung. Das Waldgesetz mache aber klar, dass der Schutzwald das wichtigste Gut sei.

Für Generationen bedeutend sei auch das Alpenrhein-Entwicklungskonzept, an dem Liechtenstein mit den Nachbarländern arbeite. Dies sei ein Jahrhundertprojekt, unterstrich Alois Ospelt. Die

für Liechtenstein aktuellste Frage sei die Untersuchung der Dammstabilität, der Hochwasserschutz stehe an erster Stelle. Auf die Frage nach dem geplanten Landwirtschaftsleitbild kündigte der Landwirtschaftsminister einen Entwurf bis Ende des Jahres an.

Die Neugier der Abgeordneten, wie das angekündigte, neue Verkehrsmittel aussehe, das die Verkehrsministerin als Verbindungslinie durch Liechtenstein plant, blieb unbefriedigt. Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck wollte nicht vorgreifen. Zur strittigen Frage des Letztunnels zur Verkehrsentlastung von Feldkirch bekräftigte Kieber-Beck die Haltung der liechtensteinischen Regierung. Sie akzeptiere den Letztunnel nicht, wenn er für Liechtenstein eine grössere Verkehrsbelastung bringe.

## Entflechtung von Kirche und Staat

Rechenschaftsbericht der Regierung: Von Kirche bis zur Frage eines EU-Beitritts

VADUZ – Im Rahmen der Behandlung des rund 400 Seiten dicken Rechenschaftsberichtes der Regierung haben die Landtagsabgeordneten gestern sehr reger von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, von der Regierung detailliert Auskunft zu den verschiedensten Bereichen zu erhalten. Dazu gehörte – aus aktuellem Anlass – auch die Frage nach der Trennung von Kirche und Staat.

• Martin Frommelt

Die VU-Abgeordnete Ingrid Hassler-Gerner bemängelte, dass die Regierung die Arbeiten zur Thematik «Staat und Kirche» gemäss Rechenschaftsbericht im Berichtsjahr 2002 nicht parallel zur intensiven Verfassungsdiskussion vorangetrieben hat. Als Inhaber des Ressorts «Präsidium» sagte Regierungschef Otmar Hasler dazu, dass es sehr einfach wäre, seitens des Landes einfach die rechtlichen Grundlagen für eine Entflechtung oder gar Trennung von Staat und Kirche zu schaffen. Weil diese Beziehungen zur Kirche aber vor allem auch die Gemeindeebene betreffen, müsse die Lösung konkret durchdacht werden. Es sei seiner

Meinung nach nicht richtig, die Verfassung nur abstrakt auf Verfassungs- und Gesetzesebene vorzunehmen, so der Regierungschef. Demnächst würden die verschiedensten Institutionen angeschrieben werden, um die Diskussion auf Grundlage der geleisteten Vorarbeiten wieder in Gang zu bringen.

## Ausländerrecht

Ein weiteres Thema, welches das Ressort Präsidium betraf, war das Ausländerrecht. Gemäss Grund-

satzbeschluss der Regierung können liechtensteinische Staatsangehörige mit Wohnsitz in Liechtenstein und EWR-Staatsangehörige mit Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung in Liechtenstein künftig um eine Aufenthaltsbewilligung für ihre Lebenspartner ansuchen. Hugo Quaderer (VU) ersuchte dazu um konkretere Ausführungen. Wie Regierungschef Otmar Hasler sagte, wollte die Regierung damit Härtefälle vermeiden, dass nämlich Lebenspartner aufgrund

des Ausländerrechts das Land verlassen müssen. Die Regierung hat hierfür pro Jahr eine Quote von fünf derartigen Aufenthaltsbewilligungen festgelegt. Aufgrund des grossen Nachholbedarfs sei die Regierung im ersten Jahr jedoch «viel grosszügiger damit umgegangen», bemerkte der Regierungschef.

## Opferhilfegesetz

Hugo Quaderer erkundigte sich auch nach dem Opferhilfegesetz. Gemäss Regierungschef liegt dieses im Entwurf vor. Ein entsprechender Bericht soll nach der Sommerpause in die Vernehmlassung gehen.

## Keine Empfehlung für EU-Beitritt

Im Zusammenhang mit dem von der Regierung eingesetzten Expertenrat wollte Paul Vogt (FL) von der Regierung wissen, ob die von gewissen Medien verbreitete Meldung zutrefte, wonach der Expertenrat die Meinung vertritt, dass Liechtenstein der EU beitreten solle. Regierungschef Hasler verneinte dies. Der Expertenrat sei falsch wiedergegeben worden. Die Experten hätten sich ganz unterschiedlich geäussert, eine Empfehlung an die Regierung habe es aber nicht gegeben, so der Regierungschef.



Besorgt über das Thema «Staat und Kirche»: Ingrid Hassler-Gerner (VU).